

Wundertüte Stiftung“

„Islamische



Bei den Vorwürfen finanzieller Unregelmäßigkeiten, die gegen mehrere Spitzenfunktionäre in Deutschland ansässiger Islam-Vereine erhoben worden sind, sind es nicht alleine die opaken Binnenverhältnisse dieser Einrichtungen, welche das Verständnis erschweren; bereits die Terminologie der „islamischen Stiftung“ erweist sich als äußerst vieldeutig.

Die Bestimmungen bezüglich der frommen Stiftungen, *auqaf*, *sing. waqf*, nehmen in der islamischen Gesetzgebung einen sehr breiten Raum ein, da sie das religiöse Leben mit der ökonomischen Basis der Gemeinschaft verbinden. Die Literatur zu diesem Gebiet ist gewaltig, die Rechtsprechung über die räumliche und zeitliche Ausdehnung des islamischen Kulturkreises hinweg widersprüchlich.

Der Terminus [waqf](#) läßt sich als „Rückhaltung“ oder „Verwahrung“ übersetzen. Unter den heidnischen Arabern scheint der Brauch nicht bekannt gewesen zu sein, von den Gründungsfiguren des Islam, Umar, Ali, Fatima und dem Propheten selber wird berichtet, dass sie fromme Stiftungen eingerichtet hätten, wie dies ja bereits die byzantinische Kirche getan hatte. Im Jahre 1925 waren drei Viertel des bebaubaren Landes der Türkei in Stiftungen übergegangen.

Der im Deutschen geläufige Ausdruck „tote Hand“, franz.

„mortmain“, macht deutlich, dass diese ein zweifelhafter Segen sein können, hindern sie doch die Entwicklung einer dynamischen Wirtschaft. Allzu oft wurde ein aus zweifelhaften Quellen erworbenes Vermögen dafür eingesetzt, den Namen eines Spenders zu verewigen, dessen Familie und Nachkommen passiv von diesem Erbgut zehrten, bis dieses zugrunde gerichtet war, währenddessen der Staat keine Steuern genoß. Auch die mißbräuchliche und verschwenderische Verwaltung beschäftigte immer wieder die Gerichte. Daher wurden im französisch besetzten Nordafrika, später auch Ägypten und in der Türkei die *auqaf* staatlicher Kontrolle unterstellt.

Im Gegensatz zu christlich-abendländischen frommen Stiftungen können *auqaf* auch der Versorgung von Angehörigen und Nachkommen dienen. Dies wird durch eine angeblich auf den Propheten zurückgehende Überlieferung legitimiert:

„Was jemand seiner Familie und Sippe in der Hoffnung auf Belohnung im Jenseits vermacht, das wird für ihn zu einem Almosen, auch wenn er davon nicht den Armen gegeben hat.“
(Fyzee, *Asaf A.A.: Outlines of Muhammadan Law. Fourth Edition. Nachdruck der Ausgabe 1974. Oxford 1999. S. 303.*)

Man kann daher drei Klassen von *auqaf* unterscheiden:

I.: zugunsten von Armen und Reichen, etwa Schulen, Moscheen, Hospitäler.

II.: zugunsten von Reichen, dann der Armen, etwa in Familienstiftungen.

III.: zugunsten nur der Armen, also in Form persönlicher Zuwendungen.

Verschiedene Definitionen eines *waqf* unterscheiden sich in wichtigen Punkten. Nach Abu Hanifa, dem Begründer der hanafitischen Rechtschule, verbleibt der Besitz des *waqf* bei ihrem Besitzer, während die Nutznießung ihres Ertrages frommen

und mildtätigen Zwecken zukommt.

Seine Schüler nahmen eine wichtige Akzentverschiebung vor: demnach geht der Besitz vom Stifter in den ewigen und unverbrüchlichen Besitz Allahs über, während die Gewinne daraus dem Nutzen seiner Geschöpfe zukommen sollen.

Die schi'itische Definition ist wiederum breiter angelegt: demnach handelt es sich um einen Vertrag, der die ursprüngliche Sache beisammenbehält und ihre Früchte frei verfügbar macht.

In Britisch-Indien wurde 1913 ein *Wakf Act* verabschiedet, welches eine begriffliche Abgrenzung zum Geschenk, gift, und der zeitweiligen Treuhänderschaft, trust, vollzieht. Anders als ein trust dient ein *waqf* stets religiösen Zwecken; als ein unabänderlicher Besitz Gottes kann es niemals übertragen oder aufgelöst werden. Mit Ausnahme der hanafitischen Schule stimmen die Gelehrten darin überein, dass der Spender des *waqf* nicht aus diesem entlohnt werden kann.

Der Koran, Bücher, Grundbesitz, Viehbestand, Geld, Schmuck, Aber auch Waffen [können gestiftet werden](#).

Ein *waqf* muss legalen Zwecken dienen. Daher ist ein *waqf* zum Bau oder dem Unterhalt von Kirchen, Synagogen und Klöstern null und nichtig, selbst wenn es von Dhimmis gestiftet wird.

Manche Juristen schränken dies dahingehend ein, dass diese Klöster und Kirchen dann nicht dem Gottesdienst, sondern ausschließlich der Beherbergung von Armen und Reisenden dienen dürfen. (*Encyclopaedia of Islam*, 2. Auflage, Band XI, S. 59-99. „Wakf“ R.Petersdal et al., S. 61.)

Während der Expansionsphase des Osmanischen Reiches, besonders im 9/15. und dem 10/16. Jahrhundert, war das *waqf* ein wichtiges politisches Instrument für die Islamisierung neu eroberter Gegenden und von Grenzgebieten.

Zu diesem Zweck wurden aus Stiftungen Wehrklöster, *ribat*, finanziert, die nahe angrenzend an das *dar al-harb* gelegen waren. Dies geschah vor allem in den europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches auf dem Balkan, wo Sufis und andere Muslime lebten, das Land bestellten, Handel trieben und schließlich Gegenden kolonisierten, um sie in das Herrschaftsgebiet des Reiches einzugliedern.

Als Teil des Islamisierungsprogrammes, welches eng mit den Legitimierungsbestrebungen des Sultans verknüpft war, wurde das Einkommen aus Stiftungen aller übrigen osmanischen Provinzen herangezogen, um den Bau und den Unterhalt von Gebäuden zu ermöglichen, die dem islamischen Ritus und seiner Lehre dienten, so wie sie in den frühen Tagen des Reiches gelegentlich dazu verwandt worden waren, Kirchen, Kathedralen und andere bereits bestehende Einrichtungen der Nutzung durch die islamische Gemeinschaft zuzuführen. (*Encyclopaedia of Islam*, 2. Auflage, Band XI, S. 59 -99. „Wakf“ R.Petersdal et al., S. 89.)

Bemerkenswert ist eine Passage, die der indisch-muslimische Jurist Asaf A.A. Fyze seiner Behandlung über den Status der Moschee als eines *waqf* beifügt:

„Was Lautsprecher anbelangt, so muss man eine Trennlinie zwischen Glauben, faith, und Orthopraxie, religious practices, ziehen. Der Staat schützt den Glauben, nicht sämtliches Handeln, das im Namen der Religion ausgeübt wird. Religiöse Praktiken, die der öffentlichen Ordnung, der Moral oder Gesundheit zuwiderlaufen, müssen dem Gemeinwohl nachstehen. Aus diesem Grunde haben Muslime keinen Anspruch, inherent right, an ihren Moscheen Lautsprecher einzusetzen, und die Polizeibehörde hat das Recht, deren Einsatz zu unterbinden. Der Verfassungsrichter Sinha urteilt hierüber sehr treffend, indem er den romantischen Klang des frühmorgendlichen Muezinrufes mit der dröhnenden Lautsprechermusik überall in Indien und im Nahen Osten vergleicht, die weder notwendig sei noch künstlerischen

Gehalt habe.“ (Fyzee, Asaf A.A.: *Outlines of Muhammadan Law. Fourth Edition. Nachdruck der Ausgabe 1974. Oxford 1999. S. 323.*)

In einer Diskussion merkte Norbert Müller, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft Muslimischer Sozial- und Geisteswissenschaftler e.V. in Köln und Vorstand der SCHURA Hamburg an, den vereinsmäßig organisierten islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland würden sich in der Regel nur „Aktivisten“ als Mitglied anschließen. Wer „nur“ religiös sei und seine Glaubensgemeinschaft finanziell fördern wolle, trete dafür nicht eigens einem Verein bei.

Daran anknüpfend entwickelte ein Gesprächsteilnehmer eine Idee, wie sich *waqf*-ähnliche Strukturen auch in Deutschland herstellen ließen. Die islamischen Glaubensgemeinschaften könnten Stiftungen errichten, die die Verwaltung der religiösen Angelegenheiten übernehmen. Diese Stiftungen könnten sich dann in einem Verband zusammenschließen, der als Repräsentant der islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland fungiert. Auf diese Weise ließe sich eine islamische Religionsgemeinschaft errichten, ohne dass man die einzelnen Gläubigen dazu bringen müsse, einem Verein beizutreten. (Müller, Norbert: *Rechtsprobleme muslimischer Stiftungen in Deutschland. In: Walz, Rainer et al. (Hg.): Religiöse Stiftungen in Deutschland. Beiträge und Diskussionen des Workshops in der Bucerius law School am 9. Juni 2006. Schriften der Bucerius Law School. Band 1/5. S. 107-118.*)

In einer Untersuchung der Frage, ob *auqaf* analog den Körperschaften öffentlichen Rechts behandelt werden könnten, kommt der Verfasser Jan Peter Hartung zu einem vorläufig negativen Ergebnis. (Hartung, Jan-Peter: *Die fromme Stiftung [waqf]: Eine islamische Analogie zur Körperschaft? In: Die verrechtliche Religion. Der Öffentlichkeitsstatus von Religionsgemeinschaften. Herausgegeben von Hans. G. Kippenberg u. Gunnar Folke Schuppert. Tübingen 2005. S. 312*)

Über die Fragen der Vereinbarkeit islamischer und abendländischer Rechtsvorstellungen hinaus hat der Begriff in den vergangenen Jahren eine politische Dimension angenommen. In der 1988 von der Hamas verabschiedeten Charta wird im 11. Kapitel dieses Grundsatzpapiers ganz Palästina als ein *waqf* bezeichnet. Dieses habe Allah den Gläubigen zuerteilt, als er ihnen die Eroberung dieser Landstriche ermöglicht habe; eine Abtretung dieses Territoriums, an die Juden etwa, könne zwar zeitweilig geschehen, letzten Endes aber sei dieses Land unveräußerlich.

In den vergangenen Jahren machte die im holländischen Eindhoven angesiedelte Organisation „*waqf al-islami*“ von sich reden, welcher Verstrickungen in die Finanzierung des internationalen Terrorismus durch saudi-arabische Gelder nachgesagt werden.

Die in Kopenhagen gelegene Moschee „*at-tauba*“, die sich selber auch als „*Skandinavisches Waqf*“, *waqf al-iskandinafi*, bezeichnet, wurde in der Vergangenheit zum Ausgangspunkt verschiedener Kontroversen (Vgl.: *al-Hayat*, Freitag, 28. November 2008, S. 15.). Ihrem ehemaligen Prediger [Abu Laban](#) wird vorgeworfen, den dänischen Karikaturenstreit durch falsche Darstellungen in arabischen Medien bewusst geschürt zu haben.

Als daraufhin unter anderem die dänische Botschaft in Syrien attackiert wurde, wurde dabei auch eine Metallplakette abgerissen, welche das dänische Staatswappen trägt. Mitglieder einer Jugendorganisation namens „*Tabah Foundation*“ brachten diese Plakette fünf Monate nach diesem Vorfall als [Geste der Wiedergutmachung](#) nach Dänemark. Die *Tabah Foundation* hat angeblich angeboten, die für [Kopenhagen geplante Hauptmoschee](#) mit 427 Millionen Euro zu unterstützen.

(Gastbeitrag von Kim)

Umgedrehter Rassismus



Das Magazin [„P.M. Fragen & Antworten“](#) geht in seiner neuesten Ausgabe einem Phänomen nach, das im Umfeld der letzten Präsidentschaftswahlen in den USA sicher manchem merkwürdig vorkam, aber in unseren Medien eigentlich nirgends ([außer bei PI](#)) tiefgreifend thematisiert wurde: Warum soll Barack Obama, der eine weiße Mutter hat, eigentlich ein „Schwarzer“ sein? Sicher, in Zeiten politisch korrekter Anbetung aller nicht-weißen Ethnien war es kein Wunder, dass diese Zuschreibung besonders in Europa nicht nur von kaum jemanden in Frage gestellt, sondern vielmehr groß und breit auf alle medialen Fahnen geschrieben wurde.

Wer sich allerdings dabei fragte, ob dem nicht eigentlich ein linksgrün-typischer „umgedrehter“ Rassismus zugrunde liege, sieht sich nun durch den Bericht des P.M. Magazins bestätigt, den ich hier vollständig zitiere, da er online nur teilweise einsehbar ist:

Seine Mutter ist eine Weiße, trotzdem bezeichnet sich Barack Obama selbst als „Afrikanischen Amerikaner“. Der 44. Präsident der USA, Barack Obama, ist der Sohn einer weißen Mutter und eines kenianischen Vaters, also genauso „schwarz“ wie „weiß“. Dennoch spricht man in den Vereinigten Staaten – und auch bei uns – von ihm als „erstem schwarzen Präsidenten“ der USA.

Das basiert auf dem „one-drop-rule“, das in den USA bis in die späten 1960er-Jahre hinein gültig war: Nach ihr ist jeder Mensch mit nur einem Tropfen schwarzen Blutes in den Adern ein Schwarzer (Black, Negro oder Colored). Juristisch betrachtet hat in den USA für diese Eintropfenregel nie wirklich eine verbindliche Basis existiert, es gab nie ein für die gesamten USA geltendes entsprechendes Gesetz.

Doch zahlreiche US-Bundesstaaten hatten bis Ende der 1920er-Jahre „Rassengesetze“ verabschiedet, denen unter anderem die rassistische Eintropfenregel zugrunde lag. Erst im Jahre 1967 wurde sie vom US-Supreme Court, dem obersten Gerichtshof der USA, für verfassungswidrig erklärt.

Wie man am Beispiel Barack Obamas sieht, hat die faktische Abschaffung dieser Regelung mit der gesellschaftlichen Realität allerdings nicht Schritt halten können: Der amtierende US-Präsident wird von einer weiten Mehrheit der Bevölkerung ja immer noch als „schwarz“ angesehen. Und Barack Obama selbst hat von sich immer als „schwarzem Mann“ und „African American“ gesprochen.

Tja, da dachte man immer, nur zurückgebliebene Konservative könnten auf überholten Sichtweisen beharren, wofür sie dann auch immer mit der „verdienten“ Schelte rechnen konnten. Diesmal allerdings sind es irgendwie alle gemeinsam, Schwarze und Weiße und insbesondere die lieben linksliberalen Gutmenschen, die in ihrer „gesellschaftlichen Realität“ mit der Abschaffung rassistischer Regeln „nicht Schritt halten können“ – und sich auch noch ganz toll fortschrittlich dabei fühlen.

Verwunderlich ist nicht so sehr die damalige rassistische „ein-Tropfen-Regel“ der weißen Amerikaner (die man – wenn auch nicht in dieser Rigidität, aber doch vom Prinzip her – auch nicht anders erwartet hätte), als vielmehr der Umstand, dass sie nun mit Begeisterung von linken Gutmenschen aufgegriffen

und instrumentalisiert wird. Was ursprünglich als Diskriminierung gegen Schwarze bzw. „Mischlinge“ (egal welchen Grades) gedacht war, soll nun plötzlich als Ausweis einer politisch korrekten Gesinnung akzeptiert werden: Er ist zur Hälfte schwarz, also ist er ein Schwarzer, weil das die „bessere“ Hautfarbe ist. Die „bessere“ Hautfarbe ist es deshalb, weil Weiße früher schlimme Sachen gemacht haben (z.B. Sklaverei) und Schwarze deren Opfer waren (z.B. von Sklaverei und späterer Diskriminierung). Und weil es so schön wäre, wenn die ehemaligen Opfer von Sklaverei und Diskriminierung es nun bis ins Amt des US-Präsidenten bringen würden, erklären wir das „Halbblut“ Obama ganz wie in alten Zeiten zum Schwarzen, egal, ob diese Zuschreibung einen rassistischen Kern hat oder nicht. Denn indem wir in der Person Obamas dem „Guten“ zum Durchbruch verhelfen und uns alle darüber freuen, haben wir ein bisschen was von der „rassistischen Schuld“ unserer Vorväter abgetragen und bewiesen, dass wir viel viel moderner und „humaner“ sind als sie.

Echt irre: Die Gutmenschen samt ihren medialen Sturmgeschützen, die uns so gern „rassistisch“ nennen, bedienen sich nach Herzenslust einer [rassistischen Ideologie der alten Südstaatler](#). Dass Obama sich selbst als „schwarz“ ansieht, muss dabei nicht so sehr verwundern, schließlich war das bei der mittlerweile dominanten, politisch korrekten Grundströmung in den USA (wie auch insgesamt in der westlichen Welt) das schlagkräftigste Symbol für einen wahren „Change“ und damit die sicherste Eintrittskarte ins Weiße Haus. Allerdings ist den Amis ihre „one-drop-rule“ jetzt (wo es Obama geschafft hat) wohl selbst nicht mehr ganz geheuer:

Vielleicht findet aber allmählich doch ein Umdenken statt: Schon im Verlaufe des Präsidentschaftswahlkampfes ist die rassistische Zuordnung gemäß dem one-drop-rule zum Gegenstand gesellschaftspolitischer Diskussionen geworden und wird seither zunehmend kritisch hinterfragt.

Eine Diskussion, von der man in Europa nichts wird wissen wollen, geschweige denn, dass man sie selbst führte: Denn wer hier jetzt plötzlich die Lichtgestalt Obama torpedieren würde, indem er seine „schwarze“ Hautfarbe in Frage stellte, würde mit Sicherheit sofort „rassistische Denkmuster“ unterstellt bekommen – wetten?

(Gastbeitrag von Sixteen TONS)

Rechtlose Banden



In einem Monat oder in einem Jahr wird ein Polizist in einem Vorstädter-Hinterhalt getötet werden. Zuerst einer, dann zwei, dann drei, später zehn. *Alea jacta est*. Die Geschichte ist gemäß einem unwandelbaren Ritual bereits festgeschrieben.

(Text des politischen Journalisten und Schriftstellers [Éric Zemmour](#) – Foto / deutsche Übersetzung PI)

Alles hat vor dreißig Jahren begonnen. Jedesmal wird die Latte höher gesetzt. Man wirft erst einen Stein, dann hunderte. Man verbrennt erst ein Auto, dann tausende. An Silvester in Straßburg, dann jeden Abend überall. Man pflegt die kleinen Wehwehchen während des Musikfestivals – dann auf allen Demos. Man zieht die Messer, dann die Äxte, anschließend die Hammer. Man zielt auf ein Polizeiauto. Dann baut man immer mehr

Fallen. Man zückt erst kleine Schrottpistolen, dann Gewehre und morgen Kalaschnikows?

Jedesmal, bewegen sich die Medien, erschöpfen sich die Polizeiverbände, drohen die Politiker. Die Soziologen erklären auf gelehrte Weise, dass diese Jugendlichen damit ein Leiden zum Ausdruck bringen, einen Schmerz, ein Unglück. Der Fehler liege bei der Arbeitslosigkeit, dem Ausgeschlossen-Sein, bei Diskriminierungen, bei Voltaire, bei Rousseau.

Und alles fällt wieder hin und beginnt von vorne. Die Soziologen erklären weiter: „Es gibt keine ethnischen Banden“, was bedeutet, dass sich die Kinder afrikanischer Einwanderer mit jenen von den Antillen zusammentun. Man ist erleichtert. Die Polizisten ziehen sich zurück. Die „befreiten“ Gebiete breiten sich aus. Die Drogendealer freuen sich. Je mehr man die Ruhe ihrer Geschäfte stört, desto mehr lassen sie die Gewalt ansteigen. Sie posieren im BMW, sie drohen, sie erpressen, aber sie beschützen auch und füllen die Caddies. Sie spielen täglich Scarface. „Es gibt keine rechtlosen Gegenden in Frankreich.“ Die Polizisten gehen überallhin mit Dutzenden Spezialeinheiten, verkleidet als Robocop. Drei kleine Runden, dann gehen sie. Sie müssen in Schach halten, aber dürfen nichts erwidern. Null Tote. Der Staat hat nicht mehr das Monopol über die legitime Gewaltausübung.

„Die Ausländer sind hier das Problem“



So langsam lässt auch die Qualitätspresse die Informationen aus der Pfeiffer'schen Studie durchsickern, die dem gemeinen Volk aus erzieherischen Gründen zunächst vorenthalten wurden. Die [FAZ lässt](#) zur Demonstration des Problems sogar einen „Kob“ (Kontaktbereichsbeamter) aus Berlin-Wedding zu Wort kommen.

Sein Bericht aus den von unseren Politikern verschuldeten und dreist noch immer schön geredeten Slums lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man fragt sich, warum Polizisten in diesen Gegenden überhaupt noch Präsenz zeigen, wenn sie von Politik und Justiz der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Vor ihren Augen wird unbeirrt mit Drogen gedealt, Jugendliche spucken ihnen vor die Füße, beleidigen, schlagen und treten sie. Alles Einzelfälle™, belehrt uns die Politik aus ihrem Elfenbeinturm.

Innensenator Körting sagt, er könne keine einzige Straße in Berlin nennen, durch die er nicht auch nachts alleine laufen würde. Die Zahl der Delikte sei nicht steigend, die Aufklärungsquote hervorragend, auch in den kritischen Bereichen. Jugendkriminalität habe eine rückläufige Tendenz. Dies bestätigt auch die Studie aus Niedersachsen. Jugendgewalt sei in Deutschland leicht rückläufig.

Angesichts solcher Statements fällt es schwer, ruhig zu bleiben. Die Polizei sieht das naturgemäß anders:

Eitel (Anm.: der Kob) sagt, er würde nachts nicht alleine in bestimmte Straßen gehen. „Wenn du alleine herumläufst, dann

bist du ein Opfer. Dann zerren sie dich vielleicht in einen Hinterhof oder in einen Hauseingang und ziehen dich ab.“ In der Nacht sind die Straßen noch verlassener als am Tag, wenn zumindest die von Dönerbuden und Handyläden gesäumten Straßen bevölkert sind. Nur eine Gruppe Jugendlicher ist in der Soldiner Straße unterwegs. Sie schreien „hey“, lachen, als die Schrittfrequenz des Fremden schneller wird. Eine Ecke weiter spuckt ein Jugendlicher seine Rotze vor seine Füße. Eitel hat gesagt: „In die Augen schauen.“ Wer auf den Boden starrt, zeigt seine Angst. (...) 924 Polizisten wurden im vergangenen Jahr in Berlin verletzt, 3371 Mal kam es zu Widerstand gegen die Polizei. Die Zahl sei eigentlich viel höher, sagen Polizisten von Abschnitt 36. Denn viele Widerstandsdelikte meldeten Polizisten gar nicht. Und die Gewalt ist keineswegs ein Berliner Problem. In jeder größeren Stadt gibt es mittlerweile Problemviertel. Doch vielerorts verschweigt man die Situation, sei es aufgrund von Political Correctness, die lieber von Integrationserfolgen sprechen lässt, sei es, weil man sich seine Ohnmacht nicht eingestehen möchte.

Hauptmeister Ralf Reuting, den die Kollegen im Abschnitt 36 „Asterix“ nennen und der gemeinsam mit Polizeikommissar Patrick Unger in dieser Nacht durch die Straßen patrouilliert, ist seit mehr als zwanzig Jahren im Wedding unterwegs. Er kennt die Mauern, an denen „Fuck the Police“ steht, er hat miterlebt, wie sich die Zeiten geändert haben. „Früher in den siebziger Jahren war es vorbei, wenn einer am Boden lag. Seit Ende der achtziger Jahre wird nachgetreten.“ Viele im Viertel hätten ihr eigenes Strafgesetzbuch. **„Dumm geboren, nichts dazugelernt, eine große Schnauze und meist osmanischer Herkunft.“** Und sie fühlten sich nur in der Gruppe stark. „Ist einer von denen alleine, kann er unter einen Teppich kriechen, ohne eine Beule zu machen.“ (...) Zwei Kollegen hat Eitel verloren. Vor drei Jahren erschoss ein Drogenhändler einen Freund. Während der Trauerfeier hörten drei südländische Jugendliche die Musik auf dem Friedhof. Sie

bauten sich vor den trauernden Polizisten auf, verschränkten die Arme und grinnten. Eitel sagt, in solchen Momenten falle es ihm schwer, nicht auszurasen.

Was unsere Politik mit ihrer „Bereicherung durch Zuwanderung“ erreicht hat, fassen die Berliner Polizisten mit wenigen Sätzen zusammen:

„Das hier ist Slum, fast so schlimm wie in New York. Das ist nicht Deutschland, aber auch nicht die Türkei. Das ist Niemandsland.“ (...) Probleme im Abschnitt 36 bereiten vor allem Jugendliche. „Einige sind nicht integrationsfähig.“ Eitel spricht von heranwachsenden Männern, oft arabischer Herkunft, die die Regeln des Staates nicht annähmen. Sie machten ihre eigenen Regeln, lungerten in Gruppen herum. „Gerade im Sommer hast du in jeder Ecke zehn bis fünfzehn.“ Sie spuckten vor den Polizisten aus, um ihre Verachtung zu zeigen. Und beschimpften sie als Rassisten. „Jeden Tag muss ich mir anhören, ich sei ausländerfeindlich.“

(...)

„Richter sagen meistens nur: ‚Drei Tage Fernsehverbot.‘“

(...)

„Wir haben hier eine Gettoisierung. So ist es, und ich lasse mir den Mund nicht verbieten.“ Dann zuckt Eitel mit den Schultern: „Die Ausländer sind hier das Problem. Es ist einfach so.“

(Spürnasen: Christian F., Chemicus, Klaus G.)

Den Christen ist das Leben heilig



Während es Muslimen oft nicht schnell genug gehen kann, ins Jenseits zu kommen, gern auch mit ein paar „Ungläubigen“ als Mitbringsel, hängen Christen an ihrem Leben, obwohl auch sie an eine Existenz nach dem Tod glauben. Dennoch ist ihnen [das irdische Leben so wertvoll](#), dass sie einer Studie zufolge heftiger darum kämpfen als überzeugte Atheisten, die glauben, dass sie nach dem Tod das Nichts erwartet.

Obwohl lebensverlängernde Maßnahmen wie künstliche Beatmung, Magensonden und nicht-schmerzlindernde Chemotherapie mit enormen körperlichen und seelischen Belastungen verbunden sind, nehmen Christen diese eher auf sich, weil sie an einen Sinn und die Heiligkeit des Lebens glauben und sich verpflichtet fühlen, dieses Geschenk zu bewahren.

Französische Revolution 2009



Dass in Frankreich viel demonstriert und gestreikt wird, ist „normal“. Momentan nimmt die französische Unzufriedenheit allerdings bedrohliche Ausmaße an. [Am Donnerstag](#) gingen Millionen von Menschen [auf die Straße](#), um gegen die Wirtschaftspolitik des Präsidenten der Republik, Nicolas Sarkozy, zu demonstrieren.

Hunderte Jugendliche, die bei der Gelegenheit Mülltonnen in Brand steckten und die Polizei mit Flaschen bewarfen, wurden festgenommen.

Auch in den Pariser Vorstädten war es bereits zuvor wieder zu [heftigen Auseinandersetzungen](#) zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und der Polizei gekommen.

Ein Ende der Krise ist bis jetzt noch nicht in Sicht, denn die Gewalt [eskaliert weiter](#). 71 Prozent der Teilnehmer einer französischen Meinungsumfrage gehen davon aus, dass die Situation in sich in den kommenden Wochen noch verschlimmern wird.

» Ein Sp0n-Video zum Thema sehen Sie [hier](#).



Die Dhimmischeibe weggewischt



In der neuen „Scheibenwischer“-Ära nach Dieter Hildebrand unter dem neuen Namen „[Satire-Gipfel](#)“ wurde endlich eine Schicht Dhimmitude von der Mattscheibe des ARD-Kabarets weggewischt. In der ersten Sendung waren bissig-böse Analysen von Mathias Richling zu sehen mit Frank Lüdecke, Matthias Seling, Philipp Weber und Ingolf Lück. Genauso überraschend wie hoffnungsvoll: Ein ordentlicher Schuss Islamkritik und PI. Sowa im öffentlich-rechtlichen Fernsehen... Den Satire-Gipfel sehen Sie jetzt online [hier](#).

(Spürnase: Byzanz)

Das Bleibegeld



Ein neuer genialer Schachzug der Grünen Partei. Sie wissen schon: Bündnis 90/Die Grünen/Islamischer Fortschritt, mit einem fast echten türkischen Vorsteher. Marie-Luise Beck erklärt uns, worum es geht: „Infolge der weltweiten Finanzkrise droht uns neben der wirtschaftlichen Verarmung auch noch eine kulturelle Verarmung, weil immer

weniger Migranten nach Deutschland kommen wollen. Und viele drohen damit, in ihre Heimatländer zurückzukehren, weil ihnen in unserem Land das Existenzminimum droht.“

Doch die Grünen werden das zu verhindern wissen. Deshalb setzen sie sich für ein Bleibegeld ein, das an alle Migranten ausgezahlt wird, um zusätzliche Anreize zu schaffen, trotz der Krise hierzubleiben. Damit es echt basisdemokratisch und gerecht zugeht, wird das Bleibegeld einheitlich und einkommensunabhängig an alle Bezugsberechtigten ausgezahlt, die bisher bereits staatliche Transferleistungen bezogen haben. Gedacht ist an eine Größenordnung von ca. 2000 Euro pro Person. Laut Bütikofer ist die Summe nicht zu hoch gegriffen: „Das braucht man schon, um einigermaßen über die Runden zu kommen!“

Und Claudia Roth meint: „Eine echt geile Idee von unserer Marie. Dann kriege ich vielleicht endlich wieder einen neuen türkischen Freund!“ *Freu!*

Haben wohl Angst vor Entzugserscheinungen, die grünen Miezen. In Analogie zu dem bekannten *Cold Turkey* der Heroin-Fixer wäre das bei den Damen dann der *Cold Turk* – der kalte Türke.

Apropos Entzug. Auch den Türken wird bald etwas entzogen. Nach seiner mit Sicherheit zu erwartenden Wiederwahl will Häuptling Erdogan endgültig alles „Un-Türkische“ aus seinem Osmanischen Reich verbannen. Nein, es werden keine Galgen für die letzten „Ungläubigen“ errichtet.. So weit ist es noch nicht. Es trifft eine harmlos erscheinende Steinfrucht. Die Aprikose. Denn die heißt auf lateinisch – halten Sie sich fest – *Armeniaca vulgaris* und muss deswegen natürlich verboten werden.

(Eine Satire von [Yaab](#))

Ein modernes Märchen



Märchen hatten immer schon einen wahren Kern und natürlich eine belehrende Komponente. Das gilt auch für moderne Märchen aus der Glitzerwelt der Reichen und Schönen. Nach vielen Nervenzusammenbrüchen erteilt ein Gericht Britney Spears' (Foto: Mit Burka wär das nicht passiert!) muslimischen Freund ein Kontaktverbot. Dabei wäre die Popprinzessin [beinahe schon zum Islam konvertiert](#). Kann unsere Jugend etwas daraus lernen? Na hoffentlich!

Der [SPIEGEL berichtet](#):

Früher konnten sie nicht genug voneinander bekommen, nun hat ein US-Gericht dem Fotografen Adnan Ghalib jeden Kontakt zu seiner Ex-Freundin Britney Spears untersagt. Der 36-Jährige muss sich mindestens drei Jahre von der Popsängerin fernhalten – näher als 100 Meter darf er Spears nicht kommen. Ghalib darf zudem weder durch Anrufe noch durch E-Mails Kontakt mit Spears aufnehmen.

Der Vater des Popstars, Jamie Spears, hatte im Januar einen entsprechenden Antrag bei Gericht eingereicht. Er warf Ghalib und dem früheren Manager der Sängerin, Sam Lufti, eine „schädliche“ Einflussnahme vor. Er habe auf dem Handy seiner Tochter zahlreiche Anrufe der beiden entdeckt, sagte Jamie Spears. Dieser unerwünschte Kontakt behindere die Genesung seiner Tochter.

Nachdem Britney Spears im vergangenen Jahr mehrere Nervenzusammenbrüche erlitten hatte, war ihrem Vater die Vormundschaft übertragen worden.

All das hat natürlich nicht das Geringste damit zu tun, dass

der Verstoßene ein guter Moslem aus einer offenbar recht strenggläubigen Familie ist. Sonst würden unsere Qualitätsjournalisten diesen Umstand doch wenigstens in einem Nebensatz erwähnen. So wie sie nicht genug davon bekommen konnten, als bei den beiden Hübschen noch alles in Halal-Butter war. Damals, im Januar 2008, fragte man mit leuchtenden Augen: [Tritt Britney zum islamischen Glauben über?](#)

Wie jetzt bekannt geworden ist, möchte Britney Spears ihren aktuellen Freund, den Fotografen Adnan Ghalib heiraten. Die beiden kennen sich erst seit kurzem. Britney will das jedoch nicht ohne Grund tun. Sie hofft, dass sie durch eine Heirat mit ihrem aktuellen Lebensabschnittsgefährten bessere Chancen auf das Sorgerecht für ihre Kinder hat. Um das funktioniert?

Doch schon jetzt tuen sich erste Schwierigkeiten zeigen. Denn ihr neue Ehemann ist Moslem und hat sehr strenggläubige Eltern. Diese wollen Britney erst akzeptieren, wenn sie zum islamischen Glauben übergetreten ist. Weiterhin muss Britney bei einer tatsächlichen Hochzeit völlig verschleiert vor den Traualtar treten. Das bedeutet das sie eine Burka tragen wird und sie wird weiterhin einen Schleier tragen, der nur ihre Augen sichtbar macht.

Das ist der einzige Weg die religiöse Familie von Adnan Ghalib zu überzeugen. Ein Freund von Ghalib sagte: „Adnan´s Mutter und Vater sind sehr gläubige Menschen, die jeden Tag in die Moschee gehen. Sie würden nie einen Nicht-Muslimen in ihrer Familie dulden“.

„Sie ist wirklich daran gelegen es zu tun. Es wäre alleine schon ein Zeichen von Respekt, denn Britney Andnan´s Familie entgegenbringen würde. Adnana´s muslimischen Glauben könnte Britney helfen und wäre somit ihr Retter“, so der Freund weiter.

Bedauerlicherweise ist Britneys Geschichte alles andere als ungewöhnlich. Muslimische Männer scheinen für ungläubige

Frauen – sagen wir: etwas schwierig zu werden, sobald sie erreicht haben, was ihr Ziel war. Davon berichtet auch eine große Sammlung weniger prominenter Erlebnisberichte auf der empfehlenswerten Internetseite [1001-Geschichten](#). Eine Lesung von drei Autorinnen dieser informativen Erfahrungsberichte, die im Rahmen der [diesjährigen Leipziger Buchmesse geplant](#) war, wurde übrigens kurzfristig abgesagt. Dazu schreibt [die Seitenbetreiberin am 4. März](#):

Das LINXX-Net hat beide Lesungen mit uns gestrichen, weil sie der Auffassung sind, dass unsere „Wahren Geschichten“ rassistischen Hintergrund haben. Die Autorinnen sind also ausländerfeindlich und rassistisch, weil sie den Mut hatten, ihre Geschichten niederzuschreiben? Armes LinxxNet, das Betrüger in Schutz nimmt und die Betrogenen beschimpft.

Also auch hier werden wiedereinander die ausländischen Betrüger in Schutz genommen – egal, was sie unseren Frauen antun. Die Oberflächlichkeit, mit der Bezness bei einigen Politikern betrachtet wird, ist jedenfalls nicht mit den Menschenrechten zu vereinbaren, denn auch die betrogenen deutschen Frauen haben ein Recht auf Schutz und Verständnis. Diese haarsträubende Absage wird sicher noch Kreise ziehen.

Wird sie das? Wir fürchten nein. Es ist nicht gewünscht, dass wir aus modernen Märchen lernen.

(Spürnasen: Zdai, Evelyne)

ARTE thematisiert Gewalt in

Pariser Vorstädten



Im gestern Abend auf ARTE ausgestrahlten Film „[Heute trage ich Rock!](#)“ werden ungemütliche Wahrheiten wie gewalttätige, diskriminierende und respektlose Schüler offen gezeigt. Lehrerin Sonia (Foto: Isabelle Adjani) trägt Röcke und gilt deswegen als rassistisch, weil sie zuwenig auf den (islamischen) „Kontext“ eingeht. Die Lage eskaliert, weil die Kuschelkurs Behörden für jede Form von Problemempfinden unzugänglich sind.

[ARTE-Erklärung](#) zur Absetzung des Online-Streams und zur Nicht-Ausstrahlung der geplanten Wiederholungen.

In ihrer Verzweiflung nimmt die Lehrerin ihre eigenen Schüler als Geiseln und zwingt sie mit einer Waffe in der Hand zu geordnetem Unterricht. Sehenswert. Der Film kann [hier online aufgerufen werden](#). Wiederholungen: 22.03. um 0.35 Uhr, und 23.03. um 14:45 Uhr auf ARTE.

(Herzlichen Dank allen Spürnasen)

„Alle Homosexuellen sollten

gesteinigt werden“



Der muslimische „Moralhüter“ und [Hassprediger Anjem Choudary](#) (Foto mitte) ruft in Großbritannien [zur Steinigung aller Homosexuellen auf](#). Choudary, der von einem islamischen Britannistan unter der Scharia träumt, gibt konkret gefragt, ob auch Wirtschaftsminister Lord Mandelson dann gesteinigt werden müsste, eine offen gehässige Antwort.

Choudary findet:

„Wenn ein Mann einen anderen Mann mag, kann das passieren. Aber wenn man hingeht und sein Verlangen befriedigt, muss eine Strafe folgen, sofern es beweisen ist. Man steinigt nur, wenn es vier Augenzeugen gibt. Der Vorgang ist absolut zwingend.

Es gibt auch Leute, die Esel anziehend finden, was nicht bedeutet, dass das richtig ist.“

Der bereits von der Insel verbannte [Kollege Omar Bakri](#) drohte bei der Gelegenheit per Ferndurchsage auch mit neuen Bombenanschlägen nach dem Vorbild des 7. Julis 2007. Die westliche Lebensweise soll endlich aus Großbritannien ausgemerzt werden. Bakri meinte, die Briten sollen aufwachen und zum Islam umkehren, bevor sich die britischen Muslime erheben und das Land in einer Revolution einnehmen.

(Spürnasen: Hausener Bub und Skeptiker)

KaDeWe-Einbrecher verhöhnen Rechtsstaat



Die beiden hier geduldeten libanesischen Zwillinge Hassan und Abbas O. sind [aus der Untersuchungshaft entlassen](#) worden, obwohl mindestens einer von ihnen an dem [schweren Juwelendiebstahl im KaDeWe](#) beteiligt war. Das Problem: Es handelt sich um eineiige Zwillinge mit nahezu identischem Genmaterial, und jeder *könnte* sagen, dass es der andere war. Die beiden bedankten sich bei der deutschen Justiz auf ihre Art (siehe Foto).

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)

Sri-lankischer Posthalter bedient nur auf Englisch



Der aus Sri Lanka stammende Deva Kumarasiri (Foto) ist [ein echter britischer Patriot](#), der vor seinem Haus eine britische Flagge [wehen lässt](#). Auf seinem Postamt weigert er sich, Migranten zu bedienen, die kein Englisch sprechen. Wer in Großbritannien lebt, muss die Landessprache lernen, findet er. Die örtlichen Muslime setzen jetzt alles daran, [den Mann loszuwerden](#). Üblicherweise würde man ja in politisch-korrekt Britannistan Leute wie ihn als „Rassisten“ bezeichnen.

Aber im Fall von Kumarasiri ist das etaws schwierig. Als Sri Lanker ist er gemäß britisch Neusprech ein „Asiate“ wie die Muslime auch. Kann ein „Asiate“ gegen „Asiaten“ rassistisch sein? Oder zeigt der die Geschichte nur einfach überdeutlich, dass es im Grunde um ganz etwas anderes geht..

(Spürnase: Uli S.)

Posthum: Willy Brandt rettet die Türken



Das freut Türkenführer Kenan Kolat: Zwei türkische Fernfahrer, die die Aufenthalte an Raststätten offenbar sinnvoll für ein Studium bilateraler Zusatzprotokolle aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nutzen, haben Erfolg vor dem Europäischen Gerichtshof. Deutschland darf von ihnen und ihren Landsleuten künftig kein Visum mehr verlangen. Denn Jahre vor der Einführung der Visumpflicht hatte die Regierung des Säulenheiligen der SPD, Willy Brandt (*Foto: wie ihn die SPD erinnert*) ein Zusatzprotokoll unterzeichnet, das den deutschen Kartoffeln neue Beschränkungen für Türken für alle Zukunft verbietet.

Der [Südwestrundfunk berichtet](#):

In seinem Urteil berief sich der EuGH auf ein Zusatzprotokoll aus dem Jahr 1973, das das Assoziierungsabkommen der Türkei mit der EU ergänzte. Seitdem benötigten türkische Fernfahrer keine Einreiseerlaubnis für Deutschland mehr, wenn sie nicht länger als für zwei Monate im Land bleiben. Deshalb dürfe auch jetzt für die Einreise türkischer Staatsangehöriger kein Visum verlangt werden, das 1973 nicht auch schon verlangt wurde (Rechtssache C-228/06), hieß es. Geklagt hatten zwei türkische Fernfahrer, deren Anträge vom deutschen Generalkonsulat abgelehnt wurden.

Die Luxemburger Richter verwiesen darauf, dass die Visumpflicht erst 1980 eingeführt worden sei, also sieben Jahre nach einem Zusatzprotokoll zum Assoziationsabkommen zwischen der Türkei und der Europäischen Union, das «neue Beschränkungen» für Staatsangehörige der Türkei verbiete. Die Visumpflicht sei eine solche «neue Beschränkung» und daher unzulässig.

Reaktion der Türkischen Gemeinde Deutschland

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, erklärte in Berlin, das Urteil führe «die Türkei näher

an Europa heran». Er forderte die Bundesregierung auf, den Richterspruch zügig umzusetzen. «Die Bundesregierung wäre gut beraten, den Beitrittsprozess der Türkei in die EU voll und ganz zu unterstützen, anstatt die Rechte der türkischen Staatsangehörigen durch Beschlüsse des Europäischen Gerichtshofes nach und nach anerkennen zu müssen», erklärte Kolat.

Wir gedenken des großen Kanzlers an diesem besonderen Tag mit einem besonders denkwürdigen Video aus der guten alten Zeit, als Staatsmänner noch Staatsmänner waren:

(Danke an alle Spürnasen)

Gehen Schäuble die Dialogpartner aus?



Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München bringen Schäubles heißgeliebte Islamkonferenz, in der er sich überwiegend mit islamistischen Hardlinern umgibt, ins Wanken. Die Dialogpartner [könnten knapp werden](#), um den „Wandel durch Einbindung“ herbeizuführen. Doch Schäuble wäre nicht Schäuble, wenn er nicht stur an seiner Linie festhalten würde. „Nach derzeitigem Stand“ sieht er jedenfalls keinen Grund, an der

Zusammensetzung der Konferenz etwas zu ändern.

Im Bundesinnenministerium in Berlin dürften die Alarmglocken schrillen. Denn die Ermittlungen der Münchner Staatsanwaltschaft gegen führende Islam-Vertreter unter anderem wegen Betrugs, Geldwäsche und Missbrauchs von Geldern für islamistische Zwecke bringen auch die Deutsche Islam-Konferenz, das Vorzeigeprojekt von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), ins Wanken.

In der Islam-Konferenz, 2006 aus der Taufe gehoben, sitzen die größten Islamverbände am Tisch, ferner Vertreter von Ministerien und Behörden sowie nicht organisierte Muslime. Auch nach drei Jahren hat sie kaum greifbaren Ergebnisse gebracht, aber viel Kritik eingeheimst: Liberale Muslime seien unterrepräsentiert, so der Hauptvorwurf. Tatsächlich sind die jetzt unter Verdacht geratenen beiden Verbände in der deutschen Islamkonferenz mit dabei. Die türkisch-islamistische Milli Görüs, deren Generalsekretär Oguz Ücüncü im Visier der Ermittler ist, ist über den „Islamrat“ vertreten. Dessen Vorsitzender ist ein „Milli Görüs“-Mann. Ganz direkt darf der Verein in einem der Arbeitskreise der Schäuble-Runde mitmischen. Dies war der ausdrückliche Wunsch des Ministers. Er setzte auf die Strategie „Wandel durch Einbindung“ – und wird jetzt mit dem Vorwurf des Scheiterns konfrontiert. Doch, so das Bundesinnenministerium am Freitag, „nach derzeitigem Stand“ werde an der Zusammensetzung der Konferenz nichts geändert.

Dabei haben bezeichnenderweise gerade Milli-Görüs-Vertreter mehrfach eines der wenigen Ergebnisse kritisiert, das die Islamkonferenz hatte: Die engere Zusammenarbeit von Ermittlungsbehörden und Islamvertretern in Sicherheitsfragen. Im Sommer 2008 nahm die Clearingstelle Präventionskooperation ihre Arbeit auf, mit der Polizei, Verfassungsschützer und muslimische Organisationen besser vernetzt werden sollen. Ziel: durch Hinweise aus muslimischen Kreisen sollen islamistische Umtriebe früh erkannt werden.

Ohne Einladung erschienen

Auch die Islamische Gemeinschaft Deutschland (IGD), gegen deren Chef Ibrahim El-Zayat ermittelt wird, ist mittelbar an der DIK beteiligt: über ihre Zugehörigkeit zum Zentralrat der Muslime (ZMD). 2007 tauchte El-Zayat sogar uneingeladen mit dem Zentralratsvorsitzenden Axel Ayyub Köhler in der Plenumssitzung auf – was zeigt, welche Macht der Mann im ZMD hat. Hinausgebeten wurde El-Zayat nicht – „aus Höflichkeit“, hieß es damals. In der CDU gab es daraufhin helle Empörung. Beim Zentralrat der Muslime selbst wird man nervös. Schließlich könnte was von den Vorwürfen gegen El-Zayat am Zentralrat hängen bleiben. „Überrascht und besorgt“ sei man über die Ermittlungen, so ZMD-Generalsekretär Ayman Mazyek. Er verwies auf die Unschuldsvermutung, sagte aber auch: „Wenn an den Vorwürfen was dran ist, wenn es verfassungswidrige Aktivitäten gab, dann werden wir ihn ausschließen.“

Wesentlich mehr Weitsicht als der CDU-Innenminister [beweisen Teile der SPD](#):

Wegen der Ermittlungen forderte die Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Lale Akgün, ein sofortiges Ende der Islamkonferenz. Ihre schlimmsten Befürchtungen seien bestätigt worden, erklärte Akgün in Köln. Spätestens jetzt sei es an der Zeit, dass Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Islamkonferenz in der jetzigen Form und die Gespräche mit den radikalen Verbänden beende. „Ich fordere schon lange, dass er sich nicht mit Verbänden an einen Tisch setzt, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Wenn gegen führende Funktionäre dieser Verbände nun auch wegen mutmaßlich krimineller Handlungen ermittelt wird, ist es an der Zeit, die Notbremse zu ziehen.“

Die Innenexperten der großen Koalition widersprechen.

Dem widersprachen die Innenexperten von Union und SPD,

Wolfgang Bosbach und Dieter Wiefelspütz. „Ich sehe zu jetzigen Zeitpunkt keinen Grund, warum man das Projekt insgesamt infrage stellen sollte“, sagte Bosbach am Freitag im Gespräch mit Handelsblatt.com. „Wenn es handfeste Indizien dafür gibt, dass sich führende Vertreter dieser Organisationen strafrechtlich relevant verhalten haben, können diese Organisationen natürlich nicht weiter an der Islam-Konferenz teilnehmen“, fügte der Vize-Vorsitzende der Unions-Fraktion im Bundestag hinzu.

SPD-Innenexperte Wiefelspütz sagte Handelsblatt.com: „Es ist völlig klar, dass die Zukunft der Islam-Konferenz nicht von einer oder mehreren Organisationen abhängt.“ Es sei daher „nicht richtig“ die Konferenz scheitern zu lassen, wenn gegen einzelne Teilnehmer ermittelt werde, betonte der Sozialdemokrat. „In Deutschland gilt die Unschuldsvermutung, deshalb sollten wir uns mit voreiligen Bewertungen zurückhalten.“ Wiefelspütz widersprach damit ausdrücklich der Islambeauftragten der SPDBundestagsfraktion, Lale Akgün, die wegen der Ermittlungen ein sofortiges Ende der Islamkonferenz gefordert hatte.

Weiter volle Kraft voraus in den Abgrund!

» KStA: [El-Zayat ist der Strippenzieher](#)